Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postfachkonto Leipzig 56388; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 28

Sonntag, den 12. Juli 1924

28. Jahrgang

Die freien Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten.

Der Kampf um die Lastenverteilung wird die organisierte Arbeiterkraft auf dem Posten finden müssen. Es ist deshalb mit Genugtuung begrüßend, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, AOB, Ma-Bund und AOB, in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten wie folgt dargelegt haben:

„Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigen-Gutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermissen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuergesetzgebung (scharf) urteilen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgegen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in andern Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerverfahren wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt in besonderer Weise für die Einkommensteuer der sich selbst-Einkommenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldwertvermehrungen und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.“

Die Gewerkschaften erlauben die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Ausrufung mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessentenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schreden dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer er aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auffassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Gesundung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Ausrufung mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.“

Scharfmacherluft.

Aus der dünnen Luft, die Deutschlands Wirtschaftsleben noch leidlich das Atmen ermöglicht, will die verhängnisvolle Scharfmacherei nicht verschwinden. Führende Persönlichkeiten in politischen und wirtschaftlichen Fragen und bestimmte Unternehmergruppen, die sich bei jeder Gelegenheit durch wirtschaftlich kurzfristige Haltung ausgezeichnet haben, gefallen sich andauernd darin. In der Politik, im Reichsparlament, werden zur Zeit noch die einzelnen politischen Scharfmacher durch die politische Konstellation an der Kammer gehalten, zwangsläufig natürlich; um so mehr reden, schreiben, brüllen sie um die Wette. Dadurch bringen sie hoffentlich dem deutschen Wähler, der sie ja erst kürzlich ausgepickt hat, zum Bewußtsein, wie notwendig eine gründliche Aenderung ist. Das kann Kinderart unverantwortliche und alberne Verhalten hat mit Politik nichts mehr zu tun. Ein bisshier-wichtiger Steinmetz schreie uns kürzlich unter anderem, „daß im Reichsparlament, wie überhaupt in allen parlamentarischen Körperschaften sich ein stetiger Wechsel vollziehe, der die Wähler zwingt, bei der Auswahl ihrer Vertreter darauf gebührende Rücksicht zu nehmen. Denn früher sei bei deren Beurteilung die Geistes- und Ueberzeugungskraft maßgebend gewesen, dann habe die Lungenkraft und das Maulaufreißen sich in den Vordergrund gedrängt, und neuerdings müsse auf die Körperkraft und Boxergeschicklichkeit der auszuwählenden Kandidaten Rücksicht genommen werden.“ So ganz von der Hand zu weisen ist diese Ansicht nicht, auch wenn sie im Scherz gemeint war. Die Gelegenheit zur Aenderung kommt für die deutsche Wählerschaft wahrscheinlich schneller wie vermutet wird.

Die Scharfmacherluft jenseits der Westgrenze ist nunmehr nach dem dort vollzogenen Regierungswechsel von einer erträglicheren Atmosphäre abgelöst worden, wodurch die Möglichkeit der Verkündung festerer Formen angenommen hat. Die Zurücknahme der Ausweisungen und ein Amnestieverlaß ermöglicht ca. 60.000 Personen, in ihre psalmsche, rheinländische und westfälische Heimat zurückzukehren. Es wäre im Hinblick auf die Lebensmöglichkeit der Gesamtheit des schaffenden Volkes in Deutschland tatsächlich verhängnisvoll, wenn die deutsche Politik, belastet mit den schweren Verpflichtungen des Versailler Vertrags, sich der erträglicheren Atmosphäre in der französischen Politik nicht anpassen könnte oder gar nicht wollte. Die Möglichkeit dazu bildet nur allein das Sachverständigen-Gutachten. Man mag zu seinen Einzelheiten und zu seiner Grundlage stehen wie man will, darf jedoch bei aller Abneigung niemals übersehen, was für uns als Volk auf dem Spiele steht. Wird jenen gefolgt, die augenblicklich durch die politische Konstellation noch gezügelt werden können, dann würde recht bald erneut festgestellt werden, daß es Selbstmord bedeutet, mit dem Kopf gegen Wände anzurennen. In den nächsten Tagen wird sich somiso zeigen müssen, ob Vernunft oder Maulaufreißen in der deutschen Politik Trumpf ist und in der weiteren Entwicklung, ob die politische Scharfmacherluft alles vergiften kann, ohne die Gegenströmung zur gründlichen Reinigung auszulösen.

In allen Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger gärt es, ihre Existenzmöglichkeit ist trotz Beschäftigung noch wie vor recht fadenförmig. Die Preise für die notwendigen Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens sind im Vergleich zur Vorkriegszeit durchweg noch viel zu hoch. Die Löhne haben teilweise die Vorkriegsgehälter wohl erreicht, doch ihre Kaufkraft steht noch bis zu 40 Prozent zurück im Vergleich zu jener der Vorkriegszeit. Erst ganz schwach zeigen sich neuerdings Anzeichen von Preisentung. Die Preise werden jedoch nicht heruntergeleitet aus Einsicht in die wirtschaftliche Lage des konsumierenden Volkes, das an den vollgepfropften Läden entlagungsoll vorübergehen muß; nein! die Bedrängnis im Fehlen der flüssigen Geldmittel ist nur allein die Veranlassung. Dabei glaubt ein großer Teil Geschäftsinhaber, durch recht plumpe und reißerische Tricks die Kaufkraft der Arbeiterklasse steigern zu können. Statt einwandfrei nachzuweisen, was die Ware vordem gekostet hat und jetzt kosten soll, wird einfach mit vielen Worten und großem Pomp verkündet, daß ein Rabatt von 10 bis 20 Prozent beim Kauf eintritt. Aber die Kontrollmöglichkeit, daß dem wirklich so ist, haben die Käufer ganz selten. Wohl zu keiner Zeit war eine solche Zeitungserkläre-Wut und Angst zu beobachten wie augenblicklich, und doch wird dadurch dem kaufhungrigen Arbeiterpublikum kein Pfennig mehr in seinen schwindlichen Geldbeutel getan. Wir können im Gegenteil beobachten, wie auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Scharfmacherei noch die Oberhand hat, und ihre Träger glauben noch am Anfang des Jahres 1924 zu stehen.

Im Baugewerbe, in der Holz-, in der Metallindustrie usw. sind erbitterte Kämpfe um das Minderwertungsrecht der organisierten Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannt. Arbeitszeit und den sonstigen Tarifinhalt möchten die Unternehmer gar zu gern nach ihrem Ermessen festlegen und die gegenwärtige „Kreditnot“ scheint ihnen der geeignete Augenblick, den Kampf zu wagen. Jahrelang haben zentrale Manteltarife, wie im Baugewerbe und in der Holzindustrie, lediglich die Verständigung ermöglicht, nun auf einmal geht es nach Angabe der Scharfmacher nicht mehr. Die Arbeitszeitfrage hat tatsächlich diese unentwegten Unternehmerrgruppen in eine Sackgasse geführt, und sie glauben, in ihrer hochbeinigen Kurzsichtigkeit mit Hilfe von Ausspernungen wieder aus der Sackgasse herauszukommen. In den Zeitungen der Arbeitgeber schreiben sich die „Syndici“, die Sekretäre der Arbeitgeberorganisationen, die Finger wund gegen die Gewerkschaften, es fehlt nicht an Drohungen, mit ihnen überhaupt nicht mehr zu verhandeln. Alle alten Ladehüter gegen die organisierte Arbeiterkraft und ihre Vertretung werden wieder hervorgeholt, die heute sogar ihre Wirkung auf Jaghaffe und Dumme ausgeübt haben. Die Stichworte sind „Wirtschaftsnot, Mangel an Rohstoffen, Entbehrungsnot, Arbeitslosigkeit, Betriebskündigung, Gewerkschaftszerschlagung und Hezarbeit, Ausspernung“. Die Scharfmacherlichen Arbeitgeber und ihre dienstbaren Schreiberleuten sollen wirklich ernstlich versuchen, von der alten Taktik freizukommen, denn nicht Scharfmacherluft hält die Wirtschaft und die Einzelbetriebe im Gang, sondern Verständnis für die gewirk nicht aus Arbidität und aus Kampfwillen gestellten Forderungen. Die werden der Arbeiterschaft diktiert durch die Lebensnot und durch den Erhaltungswillen des einzelnen arbeitenden Individuums. Dies zu begreifen, sollte wirklich nicht so schwer sein, gemessen an der eigenen Lebenshaltung der Arbeitgeber und der ihrer schreibgewandten Doktoren.

In der deutschen Naturstein-Industrie ist, wie den Kollegen bekannt, kürzlich der Reichsmantelvertrag für die Mauer-, Stein- und Schotterwerke erneuert worden, wobei die Arbeitgeber und Arbeitnehmer glauben, sich gegenseitig bis an die Grenze des prinzipiell Möglichen entgegengekommen zu sein. Diese Verhandlungen hat zweifellos bewußt und unbewußt die gegenwärtige Scharfmacherluft umwühlt und schließlich haben doch die Belange dieser Gesteins-Fertigungsindustrie erseuerlicher Weise die Oberhand gewonnen. Heute, nach Auswirkung des Verhandlungsergebnisses in die Arbeitspraxis, sehen sogar — ohne indistret zu sein — einzelne weisliche Arbeitgeber dieser Gruppe ein, daß es noch vorteilhafter für den reibungslosen Fortgang der Arbeitstätigkeit gewesen wäre, wenn man in der Arbeitszeitfrage weniger der Eingebung des Arbeitgeberprinzips gefolgt wäre und den Begründungen der Arbeitnehmer mehr Beachtung geschenkt hätte. — Auch mit dem Reichsverband für das Stein-, Mauer- und Straßengewerbe konnte eine Verständigung in der Arbeitszeitfrage erzielt werden. Sie gipfelt in der reichstaxtariflichen Anerkennung des Achtstundentags. Damit besteht dieser wichtige Reichstaxtarif auch weiter. Nur mit der Werkstein-, Grabmal- und Marmorbranche ließ sich bisher in der Arbeitszeitfrage keine tarifliche Verständigung erzielen. Wir haben nun in diesem Tarifbereich den Zustand, daß die Arbeitszeit sich stützt auf die gesetzlichen Bestimmungen oder wohl mehr auf die örtlichen Abmachungen, während alle übrigen Bestimmungen des Mantelvertrags noch Geltung haben. Dieser Zustand ist eher in der manuellen Entscheidungsfähigkeit der Arbeitgebergruppe verankert, als in der Scharfmacherluft; denn die örtlichen Maßnahmen unserer für diesen Tarif in Frage kommenden Verbandsstellen haben den betreffenden Arbeitgebern bereits zeigen müssen, daß ihr Süwarentritt Anfang des Jahres zu voreilig anweisen ist und der Achtstundentag in der Steinindustrie nicht befristet werden kann!

In diesem Artikel war schon der Hinweis auf die schreibgewandten Syndici der Arbeitgeber und auf ihre Doktoren. Auch in der Natursteinindustrie findet sich beides, und wie könnte es wohl anders sein: Beide bilden sich unter anderem ein, den fordernden Arbeitern und ihren Gewerkschaften ins Gewissen reden zu müssen! Erst kam im „Steinildhauer“ ein Doktor zum Wort, mit dem wir uns schon, soweit es nötig war, auseinandergesetzt haben, und in der Ausgabe derselben Zeitung vom 1. Juli ist der Herr Syndikus vom Verband Deutscher Granitwerke an der Reihe. Beiden ist die Arbeitszeit die Wurzel allen Übels! Ganz unbegreiflich ist ihnen, wenn die Steinmetzen eher am Achtstundentag festhalten, als wie auf Lohnerböhrungen zu bestehen. Doktor und Syndikus, diese beiden guten Männer, haben Weisensverwandtschaft mit Adam Riese, nach dessen Deduktion 9mal Stundenlohn mehr ergibt wie 8mal Stundenlohn. Dieses weiße Rechenrempel zieht bei den Steinmetzen nicht! Darob zum Teil die Enzeln im Arbeitgeberorgan und vom Stein-Doktor in seiner neueren Entgegnung die gekleidet sein folgende Frage an die Verbandsvertreter: Ob sie die heute noch geltende Bundesratsverord-

nung für die Steinindustrie nicht kenne? Diese Verordnung regelt bekanntlich seit 1902 — auf energische Veranlassung der Steinmetzen — die Maximalarbeitszeit der Steinmetzen und der Steinmengen. Brecher dürfen nicht länger wie 10, und Steinmengen nicht länger wie 9 Stunden täglich beschäftigt werden. Dabei war es gleichgültig, ob sie den ganzen Tag oder nur kurze Zeit am Tage mit Sandsteinbearbeitung beschäftigt wurden. Als diese Verordnung herauskam, hatten die Sandsteinarbeiter sich fast in allen namhaften Orten den Achtstundentag bereits erkämpft! Die Verordnung zügelte demnach nur die Ausbeutungslust der Arbeitgeber in den Betrieben und Orten, wo die Steinmetzenorganisation keinen oder nur geringen Einfluß hatte. Jetzt kommen die Wortführer von Arbeitgebern und berufen sich auf die Bundesratsverordnung, die sie früher mit allen Mitteln bekämpft haben. Mag sein, daß man das früher als Fortschritt gewertet hätte, nur kommt jetzt die Einsicht reichlich postum und ist in der Auffassung der Steinmetzen in der jetzigen Periode nur noch als Rückschritt zu bezeichnen! Die deshalb äußerst naive anmutende Frage des Münchener Stein-Doktors bezüglich der Bundesratsverordnung, steht auf derselben Höhe wie ein Vergleich mit einem neuen und einem alten „unmodernen“ Grabmal. Alles Anpreisen des letzteren nützt nichts, es bleibt eigener Bestand des Lagers. Unsterblich werden wir die „Andererum-Berichteten“ nicht können, da hilft kein Winkel, kein Richtscheit, kein Eisen, keine Kamme; sie werden trotzdem fortfahren, die Arbeiter zu verhöhnen, weil ihnen der Achtstundentag heilig ist, und sie nicht willens sind, durch das Viniengericht weniger Pfennige Lohnerböhrung sich den Achtstundentag abkaufen zu lassen. Die Arbeiter werden sogar weiter verhöhnt, indem offen und versteckt gesagt wird, daß die Gesundheitschädlichkeit in der Steinbearbeitung nicht so wirksam ist, um bei verlängerter Arbeitszeit den früheren Tod herbeizuführen. Wohl gemerkt, das behaupten jene, die die Steinbearbeitung nur vom Fischen kennen, und die am liebsten von ihrem Werkbureau aus jeden einzelnen Steinmetzen an der Strippe haben möchten. Das sind auch dieselben Leute, die alles, was den Arbeitern an gezieltem Schutze noch geblieben ist, als sozialistische Mißwirtschaft bezeichnen. Alle diese Scharfmacherlich eingestellten Vertreter der Arbeitgeber haben von Sozialismus, den sie immer kritisch im Munde führen, und der ihnen als Wopanz aus jedem Kropfloch herausquillt, keine blaße Ahnung; sie geben sich auch gar keine Mühe, sich in dieser Beziehung zu orientieren. So war es schon immer! Verlangt der Arbeiter soviel Lohn, daß es zum Leben reicht, dann ist er — verkehrt durch seinen Verband; verlangt er gezielte Maßnahmen im Interesse seiner Gesundheit, wozu auch die begrenzte Arbeitszeit gehört, dann ist er — Sozialist! Wird er in seinem Auftreten und in seiner Begründung deutlich und spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, dann ist er — Bolschewist. In diesem Sinne quirlt bei den Vertretern der Scharfmacherluft alles durcheinander. Trotzdem gibt es letzten Endes ein beachtliches Gegengewicht gegen die Scharfmacherei, damit nicht das Arbeitsverhältnis ausschließlich von ihr übermüchert wird. Dieses Gegengewicht kommt der Arbeiterschaft zu Hilfe und gipfelt darin, daß die Arbeitgeber nicht deshalb Unternehmer geworden sind, um mit den Arbeitern in Streiks und Ausspernungen und sonstigen Maßnahmen zu kämpfen, sondern der Zweck des Unternehmens ist, zu verdienen! Damit läßt sich Scharfmacherluft letzten Endes nicht verbinden.

Die Deutsche Volkspartei als Handwerksretter.

Wie oft ist nicht schon der Beweis erbracht worden, daß die besitzenden Volksschichten nicht begreifen können, daß große Notlage und traurige Familienverhältnisse Menschen auf die schlechte Ebene bringen können, die unter günstigeren Lebensbedingungen voraussetzlich brauchbare, ja hervorragende nützliche Glieder der Gesellschaft geworden wären. Wie oft ist nicht schon bewiesen worden, daß solche Menschen doch noch für die Allgemeinheit und zu ihrem eigenen Vorteil gerettet werden konnten, wenn sie durch verständnisvolle und wohlwollende Fürsorge beeinflusst und geleitet worden sind. Das moderne Fürsorgewesen weiß über zahlreiche Fälle dieser Art zu berichten. Sein hervorragendes Hilfsmittel ist neben verständnisvoller liebevoller Pflege von Körper und Seele solcher Gefallenen die Sorge für eine zweckmäßige Berufsausbildung. Dadurch haben Fürsorgeanstalten und auch Gefängnisse so manchem Manne und so mancher Frau die Grundlage für einen dauernden, ordentlichen Lebenswandel gegeben, die ihnen die Familie nicht hat geben können.

Daß vor allen Dingen eine gute Berufsausbildung eine Sicherheit bieten kann gegen die Gefahren des Lebens, denen schwache Naturen nur allzu leicht zum Opfer fallen, und gegen die selbst starke Menschen nicht immer gefeit sind, dürfte heutzutage wohl nicht mehr angezweifelt werden. Ebenso unbedritten dürfte die Erfolgsfolge sein, die durch gute Berufsausbildung an Fürsorgezöglingen und Gefängnisinsassen schon erzielt worden sind. Kein Mensch mit Verantwortungsgedühl und mit Gefühl und Sinn für seine Mitmenschen dürfte deshalb heute wohl gegen eine derartige Betätigung von Fürsorgeanstalten und Strafanstalten etwas einzuwenden haben.

Um so mehr muß folgender Antrag alle Menschenfreunde in Erstaunen setzen, der dem Reichstage unter Nr. 154 der Drucksachen zugegangen ist:

„Der Reichstag wolle beschließen:
im Hinblick auf das berechtigte Selbstbewußtsein des deutschen Handwerks und auf die Notwendigkeit, seinen Ruf als Erziehungsstätte aufrecht zu erhalten, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Regierungen der Länder dahin einzuwirken, daß bei dem Vollzug von Freiheitsstrafen die Strafgefangenen keine Handwerkslehre erhalten.“

Der Antrag ist unterzeichnet von 19 Mitgliedern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat in den Wahlkämpfen und auch bei anderen Gelegenheiten stets mit großen Worten erklärt, daß sie die Ueberbrückung der Gegensätze innerhalb unseres Volkes anstrebe, die nach ihrer Ansicht der Kampf der Parteien herbeigeführt hat

Eine Partei, die solche Absichten ernsthaft durchführen will, muß sich in die Lebensbedingungen aller Volksschichten hineinzuversetzen bemühen. Der Antrag zeigt aber, daß zwischen Agitationsprogramm und praktischer Betätigung der Deutschen Volkspartei ein sehr großer Riß liegt. Er zeigt vor allen Dingen den Angehörigen der großen Masse der bedürftigen Bevölkerung, aus deren Reihen — aus den angeführten Gründen — sich wohl der größte Teil derjenigen Strafgefangenen rekrutieren dürfte, für die Handwerkslehre, als Erziehungsmittel zur Anwendung kommen kann, wie wenig die Deutsche Volkspartei als Interessenvertreterin der bedürftigen Volksschichten praktisch in Frage kommt.

Wohl ist es schwer, jedem Menschen, der zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, mit Achtung zu begegnen oder doch mit dem Gefühl, das gegenüber unerschuldeter oder ohne größere Schuld zu einer Freiheitsstrafe Bekommenen gerechtfertigt ist. Solange die Gesellschaft aber nicht jedem Menschen Gelegenheit gibt zu einwandfreiem Lebenswandel, ist es ungerecht und sogar heillos, unbefehle alle n Strafgefangenen mit der Verachtung zu belegen, die in dem Antrage zum Ausdruck kommt.

Es ist bezweifelnd, daß gerade eine Partei diesen Antrag gestellt hat, die zu einem erheblichen Teil gebildet wird aus Angehörigen solcher Volksschichten, die bis vor kurzem — besonders in der Vorkriegszeit — wesentlich hätten beitragen können, der großen Masse der bedürftigen Bevölkerung Lebensbedingungen zu schaffen, die ein Aufsteigen auf die schiefen Ebene nicht so leicht gelassen hätten, und die es doch nicht getan haben. Für sie ringt der Mensch, der Anrecht hat auf Wertschätzung und auf Förderung der ihm eigenen Kräfte erst bei einer bestimmten Grenze des Besitzes an. Es trifft deshalb auf die Deutsche Volkspartei das bekannte Dichterwort zu:

Ihr laßt den Armen schuldig werden.
Dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Den bedürftigen Schichten unseres Volkes aber sollte der Antrag eine Lehre sein für alle Zeiten.

Gertrud Hanna.

Beschlüsse des dritten internationalen Gewerkschaftskongresses.

3. Entschließung betr. Internationale Sozialgesetzgebung.

„Die Kapitalistenklasse sucht unter dem System der Lohnarbeit ihren Profit zu erhöhen durch die möglichst hochgesteigerte Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Methoden, die, wenn sie keine Schranken finden, die physische, moralische, intellektuelle Kraft der Arbeiterklasse, wozu auch die Angehörigen gehören, und ihres Nachwuchses untergraben und damit den Aufstieg der Gesellschaft verhindern, ja, ihren Bestand selbst gefährden. Gänzlich aufgehoben werden kann das kapitalistische Streben nach Degradierung der Arbeiterklasse nur durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion. Aber es kann vorher erheblich eingeschränkt werden, sowohl durch den Widerstand der Arbeiterorganisation wie durch das Eingreifen der Staatsgewalt. Durch diese Einschränkungen soll die Gesundheit der Arbeiter geschützt, ihr Familienleben erhalten und ihnen die Möglichkeit der Bildung gegeben werden, derer sie bedürfen, um in der modernen Demokratie ihren Pflichten als Staatsbürger nachkommen zu können.

Die Schranken, die der Kapitalismus findet, sind in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Diese Unterschiede gefährden durch die Schleubert Konkurrenz der zurückgebliebenen Länder die Industrie und die Arbeiterschaft der vorgeschrittenen. Die Ausgleiche der nationalen Unterschiede des Arbeiterschutzes durch ein System internationaler Arbeiterschutzgesetzgebung ist längst dringend notwendig geworden. Sie wird doppelt notwendig nach den ungeheuren Umwälzungen und den entsetzlichen Verwüstungen an Volkskraft, die der Krieg und seine Wirkungen gebracht haben. Gleichzeitig aber bringen seine Konsequenzen auch die Möglichkeit, der Notwendigkeit zu genügen durch die Errichtung der Internationalen Organisation der Arbeit.

Der Kongress fordert, daß die folgenden, in einzelnen Ländern bereits teilweise durchgeführten Mindestforderungen zu internationalen Rechten erhoben werden, wobei diese Rechte gelten sollen für alle im Lohndienst Stehenden, ohne daß Lohn- und Gehaltsgrenzen festgesetzt werden.

1. Obligatorisch ist die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in allen Ländern mit dem Ziele, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten. Die allgemeine Fachschule ist in allen Ländern einzuführen. Die höhere wissenschaftliche Bildung muß frei und allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Talente der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.

Das westfälische Kalksteingebiet.

II. Felsenmeer — Dechenhöhle — Ennepetal.

Haben wir im vorhergehenden Aufsatze die Tätigkeit des Wassers (Höhne) in dem Massentale verfolgt, so bekämpft uns ein Aufstieg aus dem Hönnetal, unterhalb der Station Klusenstein beginnend nach Deilinghofen, das vorher Gesagte. Das Plateau des Massentales ist wasserlos, ist von keinem Tale zerschnitten; keinen Bachlauf, keine Quelle treffen wir an. Infolge des nährstoffreichen Bodens, durch Verwitterung des Kalksteines entstanden, sehen wir weite Ackerbauflächen, aber durch die Wasserarmut bedingt keine Siedlungen, nur an den Abhängen der Höhen, welche das Massentale überlagern oder in den tiefer gelegenen Tälern befinden sich Höfe und Dörfer.

Von Deilinghofen westwärts erreichen wir den nördlichen Teil des Felsenmeeres mit seinen trichterförmigen Vertiefungen, Spalten und Rissen, ein wildes Durcheinander von Kalksteinblöcken. Der Boden dieser Trichter ist nahezu eben, und an den Rändern liegen riesige Blöcke übereinandergekömmt. Dieser Teil des Felsenmeeres ist durch Deckeneinstürze von riesigen Hohlräumen (Höhlen) gebildet. Hier hat das Wasser, welches in die Spalten und Klüfte eingedrungen, seine zerstörende Tätigkeit ausgeübt, die Klüfte erweitert zu Höhlen, bis die darüber lagernden Kalksteinmassen einstürzten, die trichterförmigen Vertiefungen bilden.

Eine besonders interessante Partie bildet in diesem Teile die sogenannte „Hölle“, durch Eruption erweiterte Klüfte!

Der südliche Teil, ostwärts verlaufend, zeigt ein entschieden anderes Bild. Hier haben Höhleneinstürze wenig zur Bildung der Felsformen beigetragen. Dieser Teil besteht (nach Bärting) aus einem Karrenfelde. Dieses wilde Meer von aufragenden Felszaden verdankt seine Entstehung der Tätigkeit des niederfallenden Wassers. Die großen maulwurfsförmigen Flächen sind als Lösungshalen des Wassers anzusehen. Hier befinden sich zahlreiche Berwerfungen, und infolgedessen hatte das Wasser gute Angriffsflächen, diese gigantischen Fackeln herauszumodellieren.

Die Phantasie des Volkes, welche durch die Erklärungen der kleinen einheimischen Führer zum Ausdruck kommt, belegt die einzelnen Partien des Felsenmeeres mit den eigenartigsten Namen, wie „die Kangel, die Sessel, wo Adam und Eva gefessen“ und andere mehr.

Am Ausgange des Felsenmeeres befindet sich die Heinrichshöhle. Die Tropfsteinbildungen sind vielfach durch den im Wasser mitgeführten Lehm gelblich gefärbt. Beobachten kann man im Höhlenlehm die Knochenreste von Höhlenbären, wie dieselben dort beim Aufräumen gefunden wurden!

Vom Felsenmeer ist der Massentale über Herlorn nach Letmalthe hin zu verfolgen, wo derselbe in gewaltigen Steinbrüchen aufgeschlossen ist. Unterwegs, an der Bahnstraße Letmalthe—Herlorn, befindet sich die überaus sehenswerte bedeutende Tropfsteinhöhle, die Dechenhöhle. Benannt nach dem Oberberghauptmann Dechen, welcher dieselbe durchforschte. Die Dechenhöhle stellt einen Teil eines unterirdischen Flußlaufes dar. Der Boden der Höhle ist an zahlreichen Stellen mit größeren Blöcken bedeckt, welche von

Die Staaten verpflichten sich, spezielle Stellen für Berufsberatung ins Leben zu rufen, unter Zugrundelegung psychotechnischer und ärztlicher Untersuchungsmethoden.

2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen täglich höchstens 6 Stunden beschäftigt werden mit einer anderthalbstündigen Ruhepause nach höchstens vierstündiger ununterbrochener Arbeitszeit. Nach- und Fortbildungsschulunterricht ist für männliche und weibliche Jugendliche mindestens zwei Stunden täglich einzurichten und in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu legen. Den Jugendlichen muß die Zeit zum Besuche des Unterrichts freigegeben werden. Die Beschäftigung von Jugendlichen ist zu verbieten: in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, an Sonn- und Feiertagen, in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, in Bergwerken bei Arbeitern unter Tage.

3. Die Arbeitszeit für Arbeiterinnen darf an den Sonnabenden vier Stunden nicht überschreiten. Der Sonnabendnachmittag ist den Arbeiterinnen von 12 Uhr mittags freizugeben. Wo Ausnahmen nach Art des Betriebes erforderlich sind, ist eine entsprechende Ruhepause in jeder Woche zu gewähren. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nachtzeit ist zu verbieten. Den Arbeitnehmern ist zu verbieten, den Arbeiterinnen nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben. Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, deren Gesundheitsgefahren nicht beseitigt werden können, und in Bergwerken unter Tage ist generell zu verbieten. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Frauen im ganzen während 12 Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens 6 Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden. Allen Staaten wird die Einführung einer Mindestentschädigung zur Pflicht gemacht, um Mutter und Kind Unterhalt und die beste hygienische Pflege zu sichern. Für gleiche Arbeitsleistung ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu bezahlen.

4. Die Arbeitszeit darf für alle Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht übersteigen; die Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesehlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf die Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Sonnabendnachmittag ist in allen Ländern anzustreben.

5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden geleglich zu gewährleisten, die in die Zeit vom Sonnabend bis Montag früh zu verlegen ist. Wo infolge der Art des Betriebes Ausnahmen von dieser Sonntagsruhe erforderlich sind, ist die ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden an Wochentagen zu gewähren. In kontinuierlichen Betrieben ist die Schichtregelung so zu treffen, daß die Arbeiter abwechselnd mindestens jede zweite Woche den Sonntag frei haben. Auf Länder sowie Bevölkerungsgruppen, die einen andern wöchentlichen Ruhetag haben, sind obige Bestimmungen fittungsgemäße Anwendung. Eine höhere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit ist durchzuführen.

6. Im Interesse der Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter sind Fabriken und Werkstätten in der Weise auszurüsten, einzurichten und mit den nötigen Installationen zu versehen, daß alle zur Verhütung der Berufskrankheiten und Unfälle gebotenen Vorkehrungen getroffen sind.

In besonders gefährlichen oder gesundheitsgefährlichen Betrieben ist im Verhältnis zur Größe der Gefahr für Gesundheit und Leben der Arbeiter eine kürzere Arbeitsdauer als 8 Stunden pro Tag einzuführen.

Es sind seitens der Regierungen spezielle Institute ins Leben zu rufen, die sich mit der Frage beschäftigen, welche industriellen Gifte durch unschädliche Stoffe ersetzt werden können; wie die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter am besten bekämpft und auf welche Weise berufliche Infektionskrankheiten am besten bekämpft und geheilt werden können. Die Verwendung giftiger Stoffe in der Industrie ist zu verbieten, sobald ihr Ersatz möglich ist. Eine internationale Liste solcher Stoffe ist fortbauend zu führen und ihre Beachtung zu vereinbaren. Das sofortige Verbot der Verwendung von giftigem, weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzindustrie, von Bleiweiß bei Innen- und Außenanstrichen ist durchzuführen. Die Eisenbahnwagen aller Länder müssen mit einem einheitlichen, für alle Wagen anwendbaren System einer automatischen Kupplung versehen sein. Die Haftpflicht des Unternehmers zur Einhaltung dieser Vorschriften ist gesehlich festzulegen.

Berufskrankheiten sind als Unfälle anzuerkennen.

7. Alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind fittungsgemäß auf die Heimindustrie anzuwenden. Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen. Die Heimarbeit ist zu verbieten: 1. für alle Arbeiten, bei denen schwere

Gesundheitsgefährdungen oder Vergiftungen vorkommen können; 2. für die Lebens- und Genußmittelindustrie einschließlich der Herstellung der zu ihrer Verpackung bestimmten Tüten, Beutel und Kartonnagen. Die obligatorische Anzeige aller ansteckenden Krankheiten ist für die Heimindustrie anzuordnen. Arbeitsverbot in solchen Wohnungen und Entschädigung der davon betroffenen Arbeiter. Die ärztliche Inspektion der in der Heimindustrie tätigen Kinderjungen ist ebenso wie eine Wohnungsinspektion in allen Ländern durchzuführen. Die obligatorische Listenführung und Listenkontrolle sind für sämtliche Arbeiter und Zwischenmeister in der Heimindustrie, ebenso die Führung von Lohnbüchern für alle Arbeiter zu vereinbaren. In allen Heimindustriebereichen sind paritätisch zusammengesetzte Lohnämter zu errichten, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze festzusetzen. Die Lohnlisten sind in den Arbeitsräumen aufzuhängen.

8. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren. Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnungen, Koalitionsverbote usw.), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber andern Arbeitergruppen bringen oder ihnen das Recht der Koalition und der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, so das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind unzulässig und, wo sie bestehen, zu beseitigen. Eingewanderte Arbeiter genießen die gleichen Rechte hinsichtlich Teilnahme und Betätigung in der gewerkschaftlichen Organisation, einschließlich des Streikrechtes, wie die einheimischen Arbeiter. Die Behinderung der Ausübung des Koalitionsrechtes ist zu bestrafen. Der ausländische Arbeiter hat Anspruch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von der Gewerkschaftsorganisation mit den Arbeitgebern seines Berufes vereinbart sind. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, gelten auch für den fremden Arbeiter die ortsüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen seines Berufes.

9. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig. Der Erlaß genereller Einwanderungsverbote ist unzulässig. Von dieser Bestimmung werden nicht berührt: a) Das Recht jedes Staates, in Zeiten wirtschaftlicher Depression zeitweilige Beschränkungen der Einwanderung zum Schutze sowohl der einheimischen als der einwandernden fremden Arbeiter anzuordnen, im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen; b) das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volksgesundheit die Einwanderung zu kontrollieren und diese eventuell zeitweilig zu unterjagen; c) das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volkskultur und zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes in den Betriebszweigen, in denen vorwiegend einwandernde Arbeiter beschäftigt werden, gewisse Mindestanforderungen an die Kenntnisse des Einwanderers im Lesen und Schreiben in seiner Muttersprache zu stellen. Doch sind diese Ausnahmen nur im Einvernehmen und unter Kontrolle der Internationalen Organisation der Arbeit der betr. Arbeiterorganisationen zulässig. Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, in ihre Gesetzgebung schleunigst Bestimmungen aufzunehmen, die die Anwerbung von Kontraktarbeitern für das Ausland und die Tätigkeit gewerblicher Stellenvermittler zum gleichen Zweck sowie die Zulassung von Kontraktarbeitern verbieten. Die Staaten verpflichten sich, die Arbeitsmarktsituation auf der vom Internationalen Arbeitsamt festgelegten Grundlage aufzubauen, um die Arbeiter vor Zureise nach Ländern mit geringer Arbeitsgelegenheit zu schützen. Kein Arbeiter darf wegen gewerkschaftlicher oder beruflicher Handlungen ausgewiesen werden. Gegen alle Ausweisungsbefehle ist Berufung an ein ordentliches Gericht zulässig.

10. In Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gestützten Lebensstellung nicht hinreicht und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, sind von den Landesregierungen Lohnämter mit gleichmäßiger Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber zu errichten mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze festzusetzen.

11. Es ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in jedem Lande zu schaffen. Alle Arbeiter sind vom Staate gegen Berufsunfälle zu versichern. Ueber das Ausmaß der Ansprüche der Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen ist das Gesetz des Ortes, in dem der Betrieb liegt, in welchem der verunglückte Arbeiter beschäftigt war, maßgebend. Die Witwen- und Waisen-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung ist durchzuführen und erstreckt sich auf in- und ausländische Arbeiter in gleicher Weise. Dem ausländischen Arbeiter kann, wenn er das Land der Beschäftigung verläßt, an Stelle einer Rente eine Abfindungssumme gewährt werden, sofern hierüber völkerrechtlich-verbindliche Verträge zwischen Heimatstaat und Beschäftigungsstaat geschlossen worden sind.

Deckeneinstürzen herrühren. Neben den überaus zahlreichen schönen Tropfsteingebilden finden wir in einem kleinen Wasserbecken schön ausgebildete Bergkristalle. Im übrigen ist das über Entstehung und Bildung im vorhergehenden Aufsatze Gesagte zutreffend!

Bei der Einmündung des Grünbaches in die Lenne biegt letztere nach Westen um und durchschneidet den Massentale bis in die Gegend von Elfen in westlicher Richtung. Auch hier sehen wir, wie im Hönnetal, besonders auf dem linken Ufer der Lenne, zwischen Hohenlimburg—Elfen, die steil aufragenden Felspartien, und am Zusammenflusse der Grüne und Lenne die besonders schön herausmodellierten Felsen von Vater und Nonne.

Von Hohenlimburg über Holtbaun nach Hagen—Emst ist der Massentale im Streichen gut zu verfolgen und sind am Abhange zur Wolme in den Steinbrüchen recht gute Aufschlüsse. In einem größeren Steinbrüche, im Wasserlosen Tale, befindet sich in der rechten Wand des Einganges ein mit Kalkspat ausgefüllter Spalt, wo die Kalkpatkristalle, an den Rändern des Spaltes angeheft, diesen nach der Mitte allmählich ausfüllend, gut zu beobachten sind.

Von Hagen, im Streichen südwärts, sind die gewaltigen Kalkmassen plötzlich verschwunden und finden sich nur einige Felsen am südlichen Hange des Ennepetales, bis wir in der Gegend von Gelsberg—Schwelm wieder auf den Massentale stoßen. Bei der Auffaltung der gewaltigen Massen des mittelrheinischen Schiefergebirges sind die Kalkablagerungen und Teile der darüberlagernden Schichten bis auf einige Felsen in die Tiefe gesunken und wird dieses Gebiet als die Ennepetalverwerfung bezeichnet, die mächtigste im Bereiche des westfälischen Kalkgebietes; sind doch Kalksteinmassen in Stärke von über 600 Meter Mächtigkeit hier eingestunken!

Zu erwähnen ist noch das Kalksteingebiet in der Gegend von Altendorf mit der größten und schönsten Tropfsteinhöhle des westfälischen Kalkgebietes, das Kalksteingebiet im Frettertale und Brilon—Alme. Im Frettertale, an den Einschnitten der Bahnanlagen, hat Schreiber dieses in Hohlräumen des bittern Wirbelknocens und Fäbne vom Höhlenbären gefunden, welche leider, da diese längere Zeit der Luft ausgesetzt, in der Regel zerfallen!

Der Kalkstein wird überall in großen Bruchanlagen gewonnen, um in verschiedenen Industrien Verwendung zu finden. In Kalköfen zu Kalk gebrannt, dient er als Bindemittel im Mörtel zum Mörten der Felder und Weiden, in den Eisenhütten beim Schmelzen der Erze, in der Zementindustrie zur Bereitung von Zement. In der Marmorindustrie wird der polierfähige Kalkstein (der von Brilon und Alme) verarbeitet zu Wandverkleidungen: im Boudoir der Damen finden wir ihn auf Wandstücken und Konsolen, im Schreibzimmer als Schreibtafel. Karl Bernhardt

Erklärung wertvoller Serpentinsteine im Erzgebirge.

Außerst wertvolle Serpentinsteine vorkommen wurden, wie W.B. zu berichten weiß, kürzlich an mehreren Stellen unweit des Ortes Zöblitz im sächsischen Erzgebirge erschlossen. Die Aufschlüsselungsarbeiten sind von der Firma Serpentin-A.G. Zöblitz (Erzgebirge) in Angriff genommen worden, der das gesamte seit Jahrhunderten bekannte Vorkommen bei Zöblitz gehört. Die Aufschlüsselungsarbeiten haben bereits zur Feststellung umfangreicher Serpentinsteinslager geführt, die besonders wertvoll durch das Vorkommen ver-

schiedener farbenprächtiger Serpentine sind. Das sehr polierfähige Gestein erscheint in wundervollen Färbungen. Brauchvolle Serpentinsteine, die ein tiefdunkles Rotbraun, ein intensives Gelbgrün mit schwarzen Tupfen und ein Dunkelgrün mit schwarzer, wellenartiger Zeichnung zeigen, sind besonders bemerkenswert.

Zöblitz, auf dem Kamme des sächsischen Erzgebirges gelegen, ist seit Jahrhunderten Mittelpunkt, ist die Stadt der Serpentinindustrie Deutschlands; bekannt durch seine reichen Serpentinsteinslager und berühmt durch seine Industrie, die das edle Gestein zu Gegenständen des Kunstgewerbes, zu Schreibzeugen, Schalen, Zierfäßen, zu Urnen und Wärmestenen verarbeitet. Zur Auskühlung von Innenräumen hat der Zöblitzer sächsische Serpentinstein schon zu Zeiten der sächsischen Kurfürsten im 16. und 17. Jahrhundert bei vielen kirchlichen und profanen Bauten Verwendung gefunden. Aus neuerer Zeit sind bekannt die wirkungsvollen Wand- und Treppenverkleidungen in den sächsischen Eischlößern und im Dresdner Opernhaus.

Die Erschließung der neuen Serpentinsteinvorkommen bedeutet eine wertvolle Bereicherung der deutschen Edelgesteine. Ihre Farbenpracht und Reichhaltigkeit hat Deutschland nicht nur vom Bezug fremdländischer Serpentinsteine unabhängig gemacht, sondern zu einem von Jahr zu Jahr steigenden Export kunstgewerblicher Erzeugnisse aus Zöblitz sächsischem Serpentinstein nach allen Ländern der Erde geführt. — Wir haben die vorstehende Notiz der Tagespresse entnommen. Sie soll wohl in der Hauptsache dazu dienen, die Öffentlichkeit auf die ganz besondere Art der Zöblitzer Gesteinsbearbeitung und —Erzeugnisse hinzuweisen. Zweifellos ist sie einzig in Deutschland und wert, mit ihren Produkten in weite Volksteile einzudringen. Nur soll man nicht, nach unerer Auffassung selbstverständlich, ein neu erschlossenes Vorkommen an selben Ort, bei derselben Firma, in dieser reifenhaften Neugier in die Welt posaunen, sonst erweckt es den Eindruck des allzu gemachten. Die Serpentinstein-Industrie kann grund ihrer Leistungen auf solche geschäftliche Tritts verziehen, sie nützen ihr auch nichts. Es gibt sicherlich andere bessere Wege und Mittel, um das Interesse für die Fabrikationsgegenstände aus Serpentin zu heben und zu fördern. Wenn wir das Vorstehende schreiben, dann sicher nicht aus Unfreundlichkeit, sondern das ist die Empfindung, die beim Lesen der Zeitungsnotiz nicht nur sich uns aufdrängt.

Jedemdes Tier, das treucht und flucht zu Wasser und zu Land ist glücklicher doch als der Mensch und reicher an Verstande. Der Esel gilt als dummes Tier ob seiner langen Ohren. Was kann das Unglücksvieh dafür! Es ist mal so geboren. Doch wir, noch nicht zufrieden mit des Schicksals schwerer Wage, verbittern uns durch eigene Schuld die kurzen Lebensstage. Niemand, sind wir außer uns. Vielleicht ohn es zu wollen, jagt jemand ein verkehrt Wort — gleich jähren wir uns großen. Hat jemand einen bösen Traum, sind wir von Furcht befangen, und lächelt ein Räuzlein in der Nacht, so packt uns Angst und Bangen. Geheh, Einbildung, Strobortum, die Jagd nach Ruhm und Ehren sind von den Menschen nur erdacht, um ihre Qual zu mehren. Menander (Aeb. 342 v. Chr.).

12. Für den internationalen Beruf der Seeleute ist ein besonderes, internationales Seemannsrecht und ein Seemannsgericht unter Mitwirkung der Organisation der Seeleute zu schaffen.

13. Die Durchführung dieser Bestimmungen ist in erster Reihe Sache der Arbeitsverwaltung jedes Staates und seiner Beamten der Gewerbeaufsicht. Diese sind sowohl aus den Kreisen technischer, hygienischer und wirtschaftlicher vorgebildeter Sachkenner als aus den Reihen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten zu berufen. Die Gewerkschaften sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen. Die Unternehmer, die mindestens fünf fremdsprachige Arbeiter beschäftigen, sind gesetzlich zu verpflichten, die Arbeitsordnungen und alle sonstigen wichtigen Bekanntmachungen in der Muttersprache dieser Arbeiter auszuhängen, sowie auf eigene Kosten dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter in der Landessprache unterrichtet werden.

14. Entsprechend ihrer Zahl wird allen in den verschiedenen Gruppen beschäftigten Arbeitern sowie dem technischen und administrativen Personal ein Mitbestimmungsrecht in allen jenen Fragen gewährt, die die allgemeinen und speziellen Angelegenheiten der Betriebe betreffen.

15. Die Staaten haben alle Maßnahmen zu treffen, um von der Gemeinschaft bezahlte und kontrollierte öffentliche Arbeitsnachweise ins Leben zu rufen, die von paritätischen, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kommissionen verwaltet werden.

16. Im Interesse der Gesundheit, der moralischen und geistigen Erhebung der Arbeiterklasse verpflichten sich die Staaten, alle Maßnahmen zu treffen und materielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, unter der die Arbeiter aller Länder zu leiden haben.

Ein neuer Weg in der Bekämpfung der gewerblichen Unfallgefahren.

Dem Reichsarbeitsblatt Nr. 13 vom 1. Juli entnehmen wir nachstehende Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung: **Preisaus schreiben.** Die Arbeit in den gewerblichen Betrieben erfordert alljährlich schwere Opfer an Leben und Gesundheit. Im Jahre 1921 wurden rund 500 000 Unfälle in den gewerblichen Betrieben Deutschlands gemeldet, darunter waren 6 400 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 17 000 Unfälle mit dauernder Erwerbslosigkeit.

Staat und Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften sehen seit Jahrzehnten den Schutz des Arbeitnehmers gegen die ihm drohenden Unfallgefahren als ihre vornehmste Pflicht an. In Arbeitgebetrieben hat man längst erkannt, daß Höchstleistungen nur in den Betrieben erreicht werden können, in denen der Arbeiterschutzes allen Anforderungen entspricht. Die Arbeitskraft ist das wichtigste Kapital, über das das verarmte Deutschland verfügt. Der Schutz dieser Arbeitskraft ist sozial- und wirtschaftspolitisch eine Lebensnotwendigkeit.

Diesem Schutz können aber technische Einrichtungen allein nicht gewährleisten, mögen sie noch so vollkommen sein. Auch die Betriebsführung muß den Sicherheitsanforderungen Rechnung tragen, und vor allem muß jeder einzelne Arbeiter selbst die ihm drohenden Gefahren kennen und sie ständig bei seiner Arbeit würdigen. Besonders müssen Jugendliche und Neulinge im Betriebe immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen werden.

Das Ausland, insbesondere Amerika und Holland, haben mit Erfolg den Gedanken durchgeführt, durch eindrucksvolle Bilder, die in den Arbeitsstätten, den Versammlungsräumen der Arbeiter in wechselnder Folge zum Aushang gebracht werden, der Arbeiterschaft ständig die Gefahren vor Augen zu führen.

Die Reichsarbeitsverwaltung beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Reichsversicherungsamt, den Gewerbeaufsichtsbehörden der Länder und den gewerblichen Berufsgenossenschaften diesen Gedanken, der auch in Deutschland schon in vereinzelt Anlägen in die Praxis eingeführt ist, voll zur Ausbreitung zu bringen. Sie wird daher eine größere Auswahl von Wandbildern herstellen und sie dem „Reichsarbeitsblatt“ fortlaufend als Beilagen beifügen. Gleichzeitig wird den gewerblichen Betrieben ein billiger Bezug der Einzelstücke zur praktischen Verwendung ermöglicht werden.

Um wirkungsvolle Bilder zu erreichen, ist es notwendig, daß die Darstellungen technisch richtig sind, daß sie in leicht faßlicher Weise das Wesentliche der dargestellten Vorgänge herausarbeiten; außerdem müssen sie sich auf eine künstlerische Höhe erheben und gleichzeitig dem Empfinden des deutschen Arbeiters angepaßt sein. Um für dieses Vorhaben eine Auswahl geeigneter künstlerischer Mitarbeiter treffen zu können, veranstaltet die Reichsarbeitsverwaltung ein Preisaus schreiben.

Preis aus schreiben. Den Bewerbern, die deutsche Staatsangehörige sein müssen, werden 3 Aufgaben zur Wahl gestellt, für welche die Unterlagen und näheren Anweisungen vom 1. Juni 1924 ab von jedem Bewerber gegen Erlegung von 0.50 Rentenmark in der Reichsarbeitsverwaltung, Berlin NW 6, Luisenstraße 33, Zimmer 116—118, abgeholt oder durch die Post bezogen werden können.

Es werden folgende Preise ausgeschrieben: 1 Preis zu 1000 Mk., 2 Preise zu je 500 Mk., 4 Preise zu je 250 Mk.

Für den Erwerb jedes Bildes zur Veranschaulichung wird außerdem ein Preis von 200 Mk. gezahlt, daneben eine Gebühr für die Ueberwachung des Druckes. Auch nicht preisgekürnte Bilder können zur Veranschaulichung erworben werden.

In der Art der Ausgestaltung, in der Wahl der Technik hat der Künstler völlig freie Hand. Es bleibt ihm überlassen, ob er eine einfache oder mehrfarbige Darstellung wählen will, ob er den für Reklambilder gebräuchlichen Regeln folgen will oder nicht. Lediglich zur Anregung sei darauf hingewiesen, daß in der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ in Charlottenburg eine Sammlung ähnlicher Bilder des In- und Auslandes ausgestellt ist, die allerdings in ihrer Ausgestaltung nicht immer der deutschen Arbeiterschaft entsprechen. Die Veranschaulichung der Entwürfe wird in der Bildgröße 32 x 42 Zentimeter erfolgen.

Die Arbeiten sind bis zum 15. September 1924 der Reichsarbeitsverwaltung einzureichen; sie sind mit einem Motto zu versehen, und gleichzeitig ist ein verchlossener Briefumschlag einzureichen, der äußerlich daselbe Motto trägt und Namen und Wohnung des Künstlers enthalten muß. Erst nach Verteilung der Preise findet eine Öffnung der Briefumschläge statt.

Das Preisrichterkollegium besteht aus: Professor Käthe Kollwitz, Mitglied der Akademie der Künste, Professor Bruno Paul, Direktor der Unterrichtsanstalt am Staatlichen Kunstgewerbe-Museum, Professor Emil Orlik, Professor D. H. W. Hadank, beide Lehrer an der Unterrichtsanstalt am Staatlichen Kunstgewerbe-Museum, Dr. Redekop, Reichskunstwart, Wirkl. Legationsrat Dr. Bühler, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. E. v. Borst, Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Th. Leipart, Vorsitzender des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, A. Stegerwald, M. d. R., Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. Hartmann, M. d. L., Vorsitzender des Gewerkschaftsrings, Gewerbeinspektor a. D. Michels, Leiter der Zentralkasse für Unfallversicherung beim Verband deutscher Berufsgenossenschaften, Ministerialdirektor Dr. Schäffer, Präsident des Reichsversicherungsamts, Geh. Regierungsrat Dr. Surup, Präsident der Reichsarbeitsverwaltung.

* Eine andre Verteilung der Preise bleibt dem Preisrichterkollegium vorbehalten, doch darf kein Preis weniger als 250 Mk. betragen.

Der Zweck des Preisaus schreibens ist nicht der, eine beschränkte Anzahl brauchbarer Bilder zu erhalten, sondern es soll damit ein Weg gefunden werden, geeignete Künstler auszuwählen, denen fortlaufende Aufträge erteilt werden.

Berlin, den 24. Juni 1924.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung: Dr. Surup.

Die Krise des Faschismus.

Der faschistische Diktator Mussolini ist sehr verwundert darüber, daß die Ermordung eines einzigen Sozialisten einen solchen Sturm der Entrüstung im In- und Ausland entfesselt konnte, der den Bau des Faschismus bis in die Grundlagen erschüttert. Sind doch Tausende und aber Tausende von den faschistischen Scharen hingerichtet worden, ohne daß die allgemeine Empörung der Welt Stimme gefunden hätte. Die deutschen Reichsstadialen haben in den letzten Jahren viele hundert Menschen gemordet — wie Mussolini in seiner Parlamentsrede selbst sagt —, der politische Mord ist also in stürmischen Zeiten eine allgemeine Erscheinung. Die revolutionäre Umwälzung Italiens ist noch nicht ganz vollzogen — sagt Mussolini —, in der Uebergangszeit sind Gewalttätigkeiten unvermeidlich. Man muß die Verwunderung Mussolinis über die Empörung der Welt, selbst wenn wir dafür eine Anzahl logischer Gründe zu finden vermögen, verstehen. Wahrlich, es ist ein Geheimnis der Massen, wie sie aus der dumpfen Gleichgültigkeit plötzlich aufgerüttelt wird, um auf die Stimme ihres besseren Gewissens zu hören.

Die Persönlichkeit des ermordeten Matteotti hat viel zu dieser Wirkung beigetragen. Seine Person war die Verkörperung der politischen Ehrlichkeit und Opferbereitschaft, des politischen Idealismus, der nicht in Worten schwebelt, sondern sich in lauterer Gesinnung und Handlungen offenbart. Matteottis Person kann in der geistigen Bewegung der Welt der Mussolinis entgegengestellt werden. Sie sind Verkörperungen weisenschiedener Pole. Hier Mussolini, der gewaltige Diktator, dem die Nachtarbeiter und Genieverehrer in Oswald Spenglerscher oder schöpferischer Färbung zujubeln, dort der schlichte und wahre Mann der Gerechtigkeit. Was unterscheidet sie voneinander? Der geniale Diktator Mussolini wirkt wie der schwarze Magier in eigenem Geiß und Namen, nur zu eigener Verherrlichung. Die Auswirkung seiner Handlungen mag das Volk auf welche Weise immer treffen — sie sind durch ihre Selbstbezogenheit von vornherein entbehrlich. Selbst wenn er schöpferisch veranlagt ist, können seine Schöpfungen, da sie wurzellos in der eigenen Person schwimmen, ihn nicht überdauern. Nicht Cäsaren braucht die Welt — sie braucht aufrechte, lautere Männer zu ihren Führern.

Nun gibt es unter den Beobachtern der geistesgeschichtlichen Bewegung unserer Zeit solche, die in den Handlungen des Diktators

Achtung! Zahlstellentaffierer und Revisoren!

Um die Vorarbeiten zur bevorstehenden Beiratskonferenz erschöpfend vornehmen zu können, sind die Abrechnungen vom 2. Quartal unter allen Umständen spätestens bis zum 15. Juli d. J. an den Hauptvorstand einzuliefern.

Wegen etwaiger Restanten darf eine Verzögerung der Abrechnung nicht eintreten. Besondere Beachtung ist der Ausfüllung der Mitgliederbewegungs-Tabelle zu schenken, auch ist anzugeben, wieviele der Mitglieder vorher dem Steinkerbverbande angehört haben. Die zur Zeit arbeitslosen Mitglieder werden selbstverständlich auch als Mitglieder gezählt, soweit sie sich selbst noch als solche betrachten. Die Beitragsfreiheit während der Arbeitslosigkeit ändert an dem Mitgliedschaftsverhältnis nichts.

Der Vorstandsvorsitzende.

etwas anders, dem Entgegengesetzten, erblicken, die meinen, daß der faschistische Diktator im tieferen Sinne des Wortes nicht herrscht, sondern dient, daß seine Diktatur nur die verschiedensten aus- und zueinanderbestrebenden Kräfte des Volkes zusammenfasse und deshalb unter seiner Herrschaft Mehrheit und Minderheit innerlich mit enthalten sind. Was denken die wohlmeinenden Ideologen hinter ihren schönen, für gewöhnliche Sterbliche oft schwerverständlichen Worten? Sicherlich schwebt ihnen die Idee der Volksgemeinschaft, der Arbeitsgemeinschaft vor, die in der faschistischen Propaganda mit so wohlklingenden Worten immer wiederkehrt. Auch die deutschen Unternehmer, dieselben, die gegen die Arbeiter den schärfsten Klassenkampf führen und Träger der sozialen Reaktion sind, können sich nicht genug tun in der Lobpreisung der „Volksgemeinschaft“. Alle ihre schlagwortartigen Reden sind voll davon. Dies könnte die deutschen Ideologen, die über Italien nicht unterrichtet sind, stutzig machen und sie zur Beobachtung der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen des faschistischen Italiens veranlassen.

Vor kurzem ist ein Buch eines faschistischen Wirtschaftsbeamten erschienen, des Bibliothekars des gegenwärtigen Finanzministeriums, Da Lello Gangini, über die Finanzpolitik des Faschismus. Er bezeichnet dort mit vollem Selbstbewußtsein den Faschismus als eine Reaktion des Mittelstandes, der die Wirtschafts- und Finanzpolitik sich anzupassen hatte. Also keine Volksgemeinschaft! In Wirklichkeit stellt der Faschismus ein Bündnis zwischen Hochkapitalismus und Mittelstand dar. Das Bestehen faschistischer Gewerkschaften und Genossenschaften, die, wie bekannt, auf den Trümmern der zerstörten freien Gewerkschaften und Genossenschaften begründet und auch leichter mit denselben Methoden erhalten worden sind, spricht keineswegs dagegen. Im Programm der faschistischen Partei, vor ihrer Machtergreifung, hieß es freilich anders. Am nur bei den Staatsfinanzen zu bleiben: das faschistische Programm versprach eine außerordentlich progressive Vermögensabgabe, die mit den Worten des Programms einer wirklichen Expropriierung der Reichen gleichkommen sollte, die Beschlagnahme sämtlicher Kirchengüter, die Revision sämtlicher Kriegserlösen und die Verteuerung der Kriegsgewinne mit 85 Prozent. Jetzt, nach zwei Jahren Faschistenherrschaft, rühmt sich der faschistische Autor damit, daß der faschistische Staat im Interesse des Mittelstandes und des Kapitals (dessen Bewegungsfreiheit freilich im Interesse der Produktion nicht geschwächt werden dürfe!) folgende Reformen durchgeführt hat: Abschaffung der Erbschaftsteuer, Abschaffung des Gesetzes über die Inhaberpapiere, so daß eine energische Vermögenssteuer unmöglich gemacht wird, Einführung der Lohnsteuer (das heißt deren Ausdehnung auch auf die schlechtbezahlten Arbeiter), Erhöhung der Steuern für Kleinlandwirte, Vorbereitung der Uebergabe der Eisenbahnen an Privatunternehmer, Auskultung des Staates aus wirtschaftlichen Unternehmungen. Bericht auf die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Südtalien. Wir könnten noch die Aufhebung der Luxussteuer, die Einführung schwerer, das arme Volk bedrückender Umsatzsteuern, die Durchführung eines harten und rein parteimäßigen Beamtenabbaues bei der Eisenbahn als Bestandteile der faschistischen Finanzpolitik hinzufügen. Wenn sich der faschistische Autor rühmt, daß das Staatsdefizit Italiens seit der Faschistenherrschaft um 28 Prozent zurückging, so müssen wir — abgesehen davon, daß mit der Sonderung des Staatshaushalts vor der Wackereroffnung Mussolini auf Grund eines gerechten Steuerinftems bereits mit Erfolg begonnen wurde — der Verteilung der Lasten durch den Faschismus gedenken.

Das wirtschaftliche Programm des Faschismus ging gegen das Monopolkapital, was geschah in der Praxis? Eine Besinnung des Großkapitals, die nicht einmal im plutokratischen Frankreich oder in Deutschland unter Stimmes überboten werden konnte. Die Sanierungen der durch ihre mickulischen Spekulationen bankrotten Großbanken und Großunternehmungen aus staatlichen Mitteln, die Subventions- und Konzessionswirtschaft mit

reißigen Profitten für das Großkapital sind die Merkmale dieser Wirtschaftspolitik. Laut dem Faschistenprogramm hätte die Munitionsfabrikation verstaatlicht werden sollen. Statt dessen erhalten die Munitionsfabrikanten die größten Staatsubventionen. Diese Wirtschaftspolitik hat eine üppig wuchernde Korruption groß gezüchtet. (Der ermordete Matteotti wollte den letzten Korruptionskandal wegen der Sinclair-Delkonzeption aufrollen.) Der jüdische faschistische Mittelstand spielt die Vermittlerrolle. Seine Mitglieder sitzen jetzt in den Verwaltungen der großkapitalistischen Unternehmungen und ihre Beziehungen zum Diktator und zur Partei werden durch hohe Lantienmen belohnt. All dies ist kein Geheimnis. Die Namen und Stellungen der faschistischen Politiker, die als Verwaltungsräte aufgenommen wurden, können nachgeschlagen werden. Die Anstifter zum Mord Matteottis waren sämtliche solche durch den Faschismus reich gewordene Leute.

Die Herrschaft des Faschismus brachte aber auch eine starke soziale Reaktion. Im Programm wurde der Achtstundentag, Minimallohne, die Anteilnahme der Arbeitervertreter an der technischen Leitung der Industrie (industrielle Selbstverwaltung), Arbeitslosenversicherung versprochen. Was ist daraus geworden? Ein Gesetz über den Achtstundentag wurde geschaffen, das den Achtstundentag zu einer Ausnahme macht, während die durchschnittliche Arbeitsdauer auf zehn Stunden festgesetzt wurde. Früher wurde ohne Gesetz, auf Grund von Tarifverträgen, nur acht Stunden gearbeitet. Die Bezeichnung des Gesetzes als „Gesetz über den Achtstundentag“ ist reiner Betrug. Von Minimallöhnen kann keine Rede sein. Der während der Zeit der Regierung Giolittis fertiggestellte Entwurf über die Errichtung von Betriebsräten ist endgültig verschwunden. Statt der Einführung einer Altersversicherung hat aber Mussolini das staatliche Versicherungsmonopol, dessen Ertrag für die Altersversicherung hätte verwendet werden sollen, abgekauft.

Daß die Faschisten auch ihr politisches und militärisches Programm verleugnen und in sein Gegenteil verkehrt haben, soll nur erwähnt werden. Statt allgemeines Wahlrecht und Verhältniswahl eine schändliche Wahlrechtsfälschung, statt Einführung einer Miliz, wie es im Programm hieß, die Beibehaltung der alten Armee und die Schaffung einer Parteililiz, statt der versprochenen Volksabstimmung über die Staatsform Festhalten an der Monarchie. Daß eine Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit gegenwärtig in Italien nur in sehr beschränktem Maße besteht, folgt ohne weiteres aus der Diktatur.

Das faschistische Regime kann sich mit Recht rühmen, daß sich die Wirtschaftslage Italiens unter seiner Herrschaft verbessert hat. Es weist mit besonderem Stolz darauf hin, daß in den letzten Jahren kaum mehr Streiks geführt wurden. Beides soll nicht bestritten werden. Zwar erfolgte die Besserung der Wirtschaftslage in erster Linie wegen des Aufhörens, beziehungsweise der Milderung der allgemeinen Wirtschaftskrise. Dennoch ist zugegeben, daß die Stabilisierung der Währung und der Geldflüssigkeit zum Teil Ergebnisse der faschistischen Wirtschaftspolitik waren. Das internationale Finanzkapital hat zum Faschismus ein unerwartetes Vertrauen gewonnen. Es schickt gern seine überschüssigen Kapitalien in das Land, wo das Kapital nicht besteuert wird, wo durch Korruption die schönsten Konzessionen zu ergattern sind und wo Streiks nicht geführt werden dürfen. Denn der Ausfall an Streiks ist nicht der Zufriedenheit der Arbeiter, sondern der gewaltigen Verhinderung der Streikbewegungen zuzuschreiben. Dabei sind die Löhne — wie aus Matteottis letztem, sehr sachlichem Aufsatz hervorgeht — während der Faschistenherrschaft trotz gestiegener Lebenshaltungskosten um 15 bis 20 Prozent gegen früher gesunken.

Man wird uns entgegenhalten: „Ja, das sind alles nur die Feststellungen nüchternen Tatsachenmännchen, Einzelheiten, Verzerrungen, die gutgemacht werden können. Uns kommt es nur auf die Idee an, die dem Faschismus innewohnt, die Idee der nationalen Volksgemeinschaft.“ Wir werden diese Herren, die so reden, niemals begreifen. Für die Idee kann nur ihre Bewährung ins Feld geführt werden. Die Faschisten hatten die Möglichkeit, sich zu bewähren. Sie haben aber sowohl ihre Ideen wie ihr Programm verraten. Daß sie sich dabei bereichert, die Korruption geduldet und hochgezogen haben, die Ermordung des Gegners immer noch als bestes Argument betrachten, nimmt alle Hoffnung auf eine Wandlung, zerstört alle Einwände, daß es sich hier nur um Anfangs-Schwierigkeiten handelt. Die Idee wurde in Sumpf und Blut getreten, die Faschisten werden sie niemals verwirklichen. Das ist die wirkliche, die geistige Krise des Faschismus, die bei der grausamen Ermordung Matteottis klar zutage trat. (A. S.)

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampf. Streit: der Quarzschleiferarbeiter in Crumondorf; der Steinseher und Berufsgenossen in Leipzig, Halle, Merseburg und in Erfurt. — In Koblenz und Mainz (Steinmehnen).

Gesperrt: In Niederlammig (Oberfr.) der Schleiferbetrieb von Reul. In Detmold der Steinbruchbetrieb Carl Meier u. Sohn.

Zuzug ist fernzuhalten: Außer den Orten unter Streit und Sperre von den Steinbrüchen bei Bochum, von Frankfurt a. M. (Steinarbeiter aller Branchen).

Erledigte Kämpfe: Streit der Steinseher und Blasterer in Nürnberg. Erfolg: Stundenlohn 1.05 Mk.

Steinarbeiter.

Nürnberg-Fürth u. Umg. Nach vieler Mühe unserer Ortsverwaltung, besonders der großen Mühseligkeit des Vorsitzenden, des Kollegen R a u s, ist es endlich gelungen, in der Lohnfrage, zufolge der eigenartig gelagerten Verhältnisse, Ordnung zu bringen. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe war gezwungen, nachdem wir eine Anzahl Urlaubsklagen auf Grund unseres Reichstaxif am Gewerbe- und Landgericht gegen einige seiner Mitglieder durchgeführt hatten und auch den Schlichtungsausschuß in der Werkzeugschlichtungssache gegen die Firma Hausen in Bewegung setzten, nach Beendigung der für die Unternehmer verpfuschten Aussperrung mit uns in Lohnverhandlungen einzutreten. Der Arbeitgeberverband gab, gezwungen durch die Verhältnisse und da wir in energischer Weise die Interessen unserer Kollegen wahrnahmen und nachdem nun die Mehrzahl der Steinhauer und Kunterpuger unserm Verband angehört, seine bisherige Praxis, uns möglichst bei der Lohngestaltung auszuschalten oder beiseite zu schieben, auf und setzte auf unser Drängen Lohnverhandlungen an.

Die Unternehmer sind auch bereit, einen Ortstarif für das Stadtgebiet mit uns abzuschließen; es soll eine entsprechende Vorlage unterleits eingereicht werden. Verhandlungen darüber finden dann statt. Den Reichstarif für die Werkstätten, Marmor- und Grabmalbetriebe wollen sie für das Bausteinhauergewerbe wegen der Eigenart der Arbeitsausführung und der vorhandenen gemischten Betriebe und weil die Maurer-, Zimmerer- und Steinhauergewerkschaften meistens in einer Hand und im Bayerischen Baugewerbeverband organisiert sind, allerdings nicht anerkennen. Sie erstreben, das erstärkte uns ihr Syndikus bei den Verhandlungen, einen Ortstarif für die Steinhauer nur unter Anlehnung an den kommenden Reichstarif für das Baugewerbe. Wir widersprachen dem. Es wird aber über diese Frage besonders verhandelt.

Für die Lohnregelung wurde zunächst, nachdem in zwei Verhandlungen keine Einigung erzielt wurde und nachdem auf einer Hauktelle ein einhändiger Streik der Steinhauer den Abschluß be-
werkstelligte, nachstehender Abschluß getätigt:

Nürnberg, den 23. Juni 1924.
Vereinbarung
zwischen dem Bayerischen Baugewerbeverband, Ortsverband Nürnberg-Fürth, einerseits und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Nürnberg, und dem Deutschen Baugewerksbund, Baugewerkschaft Nürnberg, andererseits.